

Wien, Donnerstag, den 27. Jänner 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 27. Jänner 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 3 Uhr die Sitzung und leitet sofort die Verhandlungen über den Voranschlag der städtischen Unternehmungen ein.

In seinem Referat führt Vizebürgermeister Emmerling aus, dass die Gesamtausgaben aller Unternehmungen mit rund 300 Millionen Schilling veranschlagt sind, wovon auf die Personalausgaben rund 128 Millionen Schilling entfallen. Darüber hinaus sind für die Durchführung eines grossen Investitionsprogrammes der städtischen Unternehmungen noch 57 Millionen Schilling veranschlagt, ein Betrag, der sicher geeignet ist, auf das Wirtschaftsleben befruchtend zu wirken und der Industrie neue Impulse zu geben.

Um den Anforderungen, die an städtische Gaswerke gestellt werden, entsprechen zu können, muss das Hauptrohrnetz ausgetauscht werden. Für die Beschaffung von Gasmessern ist der Betrag von 2.600.000 S. ausgeworfen. Grössere Beträge werden für den Ausbau des Gaswerkes Leopoldau und Simmering verwendet.

Das Investitionsprogramm der Elektrizitätswerke erfordert nahezu 26 Millionen Schilling. In den Umspannwerken, Unterstationen und Gleichrichteranlagen wird für die Vervollkommnung der Apparatur nach bestem Wissen vorgesorgt. Für den Ausbau des Kabelnetzes sind gegen sieben Millionen Schilling und für die Anschaffung von Elektrizitätszählern zwei Millionen Schilling vorgesehen. Durch den zur Verfügung stehenden Wasserkraftstrom, durch den Ausbau des Kabelringes und durch den Übergang zu kleineren Stromkreisen mit Hilfe der Unterstationen, wird es gelingen, die unvermeidlichen Störungen auf ein Mindestmass herabzusetzen.

Im Braunkohlenbergwerk Zillingendorf wird eine Förderbandanlage errichtet werden und statt der bisherigen Werksbahn eine Hochseilbahn geschaffen werden. Um die Kohlentrocknungsversuche, die einen grossen Erfolg versprechen, in Zillingendorf an Ort und Stelle vornehmen zu können, ist auch der Bau einer Versuchsanlage mit einem Erfordernis von 115.000 Schilling in Aussicht genommen.

Was die städtischen Strassenbahnen betrifft, so ist die Gemeindeverwaltung bemüht, mit den vorhandenen Mitteln die Verkehrsverhältnisse zu bessern. Einzelne Strecken werden zweigleisig ausgebaut, Ausweichen und Zufahrtsgleise umgebaut und 30 neue Strassenbahnwagen angeschafft werden. Ebenso ist der Ausbau der Wagenhallen in Floridsdorf, Breitensee und Erdberg vorgesehen. Schliesslich wird noch ein Betrag von 3,8 Millionen Schilling für Gleisverneuerungen verwendet werden.

Für Investitionen der Stadtbahn sind für die Errichtung neuer Gleisanlagen, neuer Oberleitungsanlagen, neuer Signalanlagen und für die Anschaffung von 30 Triebwagen und 40 Antriebswagen 6.615.000 Schilling vorgesehen. Um jederzeit erforderliche Verstärkungen in das Netz schicken zu können, war es notwendig, die Wagenhalle Michelbeuern zu errichten, die in einigen Monaten fertiggestellt sein wird.

Bei der Leichenbestattung hat sich die Automobilisierung des Fahrparkes als sehr rentabel erwiesen. In ihrem Budget sind daher 60.000 Schilling für den Ankauf von weiteren Leichentransportkraftwagen vorgesehen.

Die Investitionen des Brauhauses erfordern insgesamt einen Betrag von rund zwei Millionen Schilling. Es ist u. a. die Anschaffung eines

Lagertanks, der 12.000 Hektoliter fassen wird, vorgesehen, ferner die Anschaffung von zwölf Mastautos, die Errichtung einer Fass- und Flaschenbierniederlage, ferner die Anschaffung von drei Kühlmaschinen, von Transportgebänden, von Trebertrockner. Das Sudhaus wird ebenfalls einer gründlichen Adaptierung unterzogen werden.

Bei der Gewista wird das grösste Augenmerk immer mehr und mehr der Lichtreklame zugewendet. Neben einer 50prozentigen Ermässigung des Lichtstrompreises für Reklame, von der viele Geschäftleute Gebrauch machen, ist in Aussicht genommen, die Apparaturen zur Lichtreklame gegen Teilzahlungen beizustellen.

Vizebürgermeister Emmerling bittet schliesslich, dem Budget zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Zu dem Kapitel städtische Unternehmungen sind 21 Oppositionsredner zum Wort gemeldet. Als erster spricht Gemeinderat Schels, der sich ausführlich mit dem städtischen Gaswerk beschäftigt. Das Gas wurde in der Vorkriegszeit mit 5200 bis 5400 Wärmeeinheiten produziert. Das heutige Gas hat nur mehr 4000 Wärmeeinheiten. Infolgedessen benötigt man heute zum Kochen eines Liters Wasser 120 Liter Gas und 12 Minuten, während früher ein Liter Wasser mit 80 Liter Gas in acht Minuten zum Kochen gebracht wurde. Gegenüber anderen Städten enthält unser Gas viel zu viel Kohlenoxyd, nämlich 16 Prozent. Da dies sehr gefährlich ist, stellt der Redner den Antrag, dass die städtischen Gaswerke den Kohlenoxydgehalt auf das Mass der Vorkriegszeit zurückzubringen haben und darüber dem Gemeinderat halbjährig zu berichten ist. Bezüglich der WAG stellt Gemeinderat Schels den Antrag, dass die Abrechnung der WAG binnen drei Monaten dem Gemeinderat vorzulegen ist. Er führt dann weiters aus, dass der Strompreis in anderen Städten, wie z. B. in Berlin und Paris um etwa dreissig Prozent billiger ist als der Wiener Strompreis. Er rügt weiters die Höhe der Anschlussgebühren an das Kabelnetz und stellt diesbezüglich den Antrag, dass die städtischen Elektrizitätswerke zu den Kosten für Hausanschlüsse bei einer Kabellänge bis sieben Meter fünfzig Prozent beizutragen haben. Die städtischen Strassenbahnen besprechend, stellt Gemeinderat Schels den Antrag, dass die Oberleitungen der städtischen Strassenbahnen periodisch zu überprüfen sind und darüber dem Gemeinderat halbjährig zu berichten ist. Er tadelt, dass die Abrechnung für die Elektrifizierung der Stadtbahn noch immer nicht erfolgt ist und stellt auch diesbezüglich den Antrag, dem Gemeinderat die Abrechnung über die bisherigen Kosten der Elektrifizierung der Stadtbahn vorzulegen.

Er beendet seine Rede mit der Erklärung, dass die Christlich-sozialen auch für dieses Budget nicht stimmen werden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

G. R. Holsubek (chr. soz.) verweist auf die Schöpfungen Lugers und zieht Vergleiche zwischen der Steuerpolitik der damaligen Zeit und der Steuerpolitik unter sozialdemokratischer Herrschaft. Damals herrschte Wohlstand in Wien, die Gemeindeverwaltung bestrebt sich der Bevölkerung die Steuerlast möglichst zu erleichtern. Heute ist der Steuerdruck ungeheuer, die Wirtschaft liegt darnieder. Die in der Bevölkerung herrschende tiefe Erbitterung gegen das System Breitner geht nicht vom Gemeinderatssitzungsaal aus, nicht von Zeitungsartikeln, sondern das ist der Ausbruch der leidenschaftlichen Not in den eigenen Kreisen der Sozialdemokratie stehen die Anhänger auf und weisen nach wie schädigend die Politik der Ueberbesteuerung ist. Gewiss, eine Besteuerung muss es geben, aber man muss die richtigen Grenzen ziehen und die Steuerpolitik darf nicht in Sadismus ausarten. Zu gewissen Zeiten entwickelt die sozialdemokratische Partei etwas wie eine aufbauende Tätigkeit, namentlich zur Zeit der Wahlen. Da wird fieberhaft gearbeitet, Strassen werden aufgerissen, Gaskandelaber frisch gestrichen und dergleichen mehr um der Bevölkerung vorzutäuschen, dass wirklich etwas geschähe.

Zweiter Bogen.

G.R. Hofbauer (soz. dem.): Die Geschichte von den Teerkesseln müssen Sie auch erzählen! (Heiterkeit bei der Mehrheit).

G.R. Holaubek: Sie haben es als eine Ruhmesstat hingestellt, dass die Pflöge in Lgitz Zwetschkenknödel bekommen. Die Zwetschkenknödel an sich waren nicht die Hauptsache, sondern die Reklame die Sie damit getrieben haben.

G.R. Merbaul (chr. soz.): In jedem Knödel war ein Stimmsettel darin.

G.R. Holaubek befasst sich dann ausführlich mit der Tarifpolitik der städtischen Unternehmungen, bezeichnet sie als den öffentlichen Interessen abträglich, tadelt, dass die Vorauszahlungen für Gas und Elektrizität nicht rückvergütet werden und erklärt unter Anführung zahlreicher statistischer Ziffern, dass das Personal der städtischen Strassenbahnen in der ärgsten Weise ausgebeutet werde. Beispielsweise entfallen auf einen Schaffner jetzt um 46 Prozent mehr Fahrgäste wie im Jahre 1913. Unter solchen Verhältnissen sei es begreiflich, wenn die Strassenbahner von der sozialdemokratischen Organisation immer mehr abtrücker. In der Hauptwerkstätte wütet schamloser Terror. (Lachen bei der Mehrheit). Da gibt es nichts zum Lachen, das ist sehr traurig. Andersge sinnnte Bedienstete werden drangsaliert, in höchst ungünstige Arbeitsverhältnisse versetzt, um ihnen das Leben zu verekeln. Im Königreiche Breitner die hohen Steuern im Königreiche Emmerling die hohen Tarife. Das städtische Brauhaus bildet ebenso wenig einen Regulator für den Bierpreis wie die Hammerbrotwerke ein Regulator für den Brotpreis waren. Ueber allem steht der Profit. Die Geschäftsgebarung des Brauhauses ist nicht gerade als anständig zu bezeichnen. Eine Weinfirma leistet Zutreiberdienste, um den Brauhaus mehr Kunden zuzuführen und erhält hierfür fünf Prozent Rabatt. Das ist eine Schmutzkonkurrenz. Eben drein werden die Wirte dadurch in Nachteil gesetzt, dass sie bei dieser Weinfirma auch ein entsprechendes Quantum Wein abnehmen müssen. Redner bringt sodann zahlreiche Strassenbahnwünsche vor. Insbesondere reklamiert er den Ausbau der Krottenbachlinie nach Neustift am Walde und schliesst, dass die Minderheit in Anbetracht der bestehenden Tarifpolitik nicht in der Lage sei für die Verwaltungsgruppe VIII zu stimmen.

G.R. Lehninger (chr. soz.) erklärt, dass der Zustand, in dem sich die städtischen Strassenbahnen befinden geradezu ein Skandal ist. Für die Verlichtung des Netzes hat die jetzige Mehrheit überhaupt noch nicht gemacht. Im Ganzen wurde die 9er Linie errichtet und die 165 Linie. Seit der Eröffnung der Stadtbahn wurde der Strassenbahnverkehr unbeschreiblich gedrosselt. Auf der Ringstrasse verkehren die Wagen in Intervallen von sieben bis acht Minuten. Eine Menge von Haltestellen wurden aufgelassen. Aus allen diesen Gründen ist die fürchterliche Ueberfüllung in den Strassenbahnwagen nur zu sehr erklärlich. Durch die Reklame in den Strassenbahnwagen ist es den Schaffnern unmöglich gemacht, bei Abfahrten von den Haltestellen aus den Wagen zu sehen. Daher eine Menge von Unglücksfällen. Wir hören im Ausschuss dass immer wieder Millionen auf Millionen für verunglückte Passagiere ausgegeben werden müssen.

Trotz der kolossalen Frequenzerhöhung haben Sie den Stand des Personales nicht erhöht. Sie haben noch immer 15.800 Angestellte, die Sie schon vor der Frequenzerhöhung gehabt haben. Für das Personal existiert unter Ihrer Verwaltung der Achtstundentag nicht, er steht nur auf dem Papier.

G.R. Proyer (chr. soz.): Das sind die Vertreter des Achtstundentages!

Dritter Bogen.

G.R. Lehinger Das Personal wird mit Extratouren und Doppel-
tagen drangaliert. Statt acht Stunden täglich müssen die Angestellten
bis zu 14 Stunden und 16 Stunden ihren Dienst versehen, weil sie kein
Personal aufnehmen wollen. Die Reservepause, die früher zwanzig Minuten
und noch mehr betrug, haben Sie auf zehn Minuten verringert. Das frühere
Quartiergeld haben Sie überhaupt abgeschafft. Der freie Gewerkschafts-
verband ist das Instrument, mit dem die Wünsche der Strassenbahner nie-
dergehalten werden. Der Vertrauensmann Machhörndl bezeichnet die Lohn-
forderungen der Strassenbahner als Politikum; er selbst verdient monat-
lich/acht Millionen. Redner verliest zahlreiche Zuschriften von christ-
lichsozialen Strassenbahnern, die über parteimässige Behandlung bei
Beförderungen und Transferierungen Beschwerde führen und sich über Zu-
rücksetzung beklagen. Es sei hoch an der Zeit, dieses System end-
lich fallen zu lassen und das Personal nach objektiven Grundsätzen zu
behandeln. Die Gemeinde könnte bei Einführung kürzerer Intervalle wenig-
stens zweitausend Bedienstete mehr bei der Strassenbahn anstellen, das
falle ihr aber nicht ein, die Bediensteten müssen Ueberstunden machen,
worunter der Dienst und die Sicherheit des fahrenden Publikums leiden.
Auch die Pensionisten seien in ihren Ansprüchen beträchtlich verkürzt
worden. Bei Neuaufnahmen werden die Bewerber nach ihrer Parteizugehö-
rigkeit sowie darüber befragt, ob sie dem republikanischen Schutzbund
und dem Freidenkerverein angehören. Die Wahlen bei den Strassenbahnen
am 16. November sind in schandelter Weise durchgeführt worden. Ver-
trauensmänner der freien Gewerkschaft haben jeden Bediensteten Stimm-
zettel mit dem Stampiglienaufdruck der freien Gewerkschaft eingehän-
digt. Gegen diese Wahlen wurde Protest eingelegt und da dieser Pro-
test von der zuständigen Stelle im Rathause abgelehnt wurde, ist er
an das Bundesministerium für Handel und Verkehr geleitet worden. Das
Bundesministerium hat den Protest dahin erledigt, dass von der Stras-
senbahndirektion die Ausarbeitung einer neuen und präziseren Wahlord-
nung verlangt wurde. Aus allen diesen dargelegten Gründen erklärt
Redner das Budget der Verwaltungsgruppe VIII ablehnen zu müssen.

Gemeinderat Waldsam (chr. soz.) wünscht Aufklärung über einzelne
Posten und führt darüber Beschwerde, dass den Mitgliedern der Minorität
die Entwürfe von Kollektivverträgen erst in letzter Stunde zum Studium
eingehändigt werden. Sie müssen fordern künftighin zeitgerecht solche
Entwürfe zu erhalten.

Gemeinderat Dirisamer (chr. soz.) wünscht den Ausbau der
Strassenbahnlinie J in Erdberg. Ein weiterer Wunsch des Redners ist,
die Intervalle dieser Linie zu kürzen. Ein Wunsch der Bevölkerung der
Landstrasse ist auch, die Linie F nicht über den Ring, sondern über den
Kai zu leiten.

G.R. Untermüller (chr. soz.) bringt verschiedene Strassenbahn
beschwerden vor, insbesondere über zu starke Belastung der Mariahilfer-
strasse und wünscht eine zweckmässigere Regelung des Verkehrs, sowie die
Wiedereinführung der Linie K über den Ring. Einige als längst notwendig
erkannte Linien sollen endlich gebaut werden, leider gehe auch hier die
Mehrheit nur nach fiskalischen Grundsätzen vor. Schliesslich bezeichnet es
Redner als einen Unfug, dass die Strassenbahnwagen am 1. Mai rot deko-
riert ausfahren.

Hierauf meldet sich Gemeinderat Hofbauer (soz. dem.) zum Wort-
auf den Bänken der Minderheit ertönen Rufe: Ohje! Es lebe die Redefreiheit.
In dem allgemeinen Lärm stellt Gemeinderat Hofbauer den Antrag auf Schluss
der Debatte, der mit den Stimmen der Mehrheit angenommen wird.

Der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch unterbricht die Sitzung
auf fünf Minuten zur Wahl der Generalredner.

Vierter Bogen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt der Vorsitzende mit, dass Gemeinderat Kunschak zum Generalredner von der Opposition bestimmt wurde.

Gemeinderat Kunschak führt aus: Es gibt wahrhaftig keine wichtigere Gruppe der Gemeindeverwaltung als die städtischen Unternehmungen. Ich finde, dass es direkt eine Herabwürdigung dieser Gruppe und der in ihr vereinigten städtischen Unternehmungen ist, wenn man eine Aussprache in so engem Rahmen zwingt, wie das heute geschehen ist. Dabei konzentrieren sich bei dieser Gruppe so viele Beschwerden der Bevölkerung, dass man mit vollem Recht diese Behandlung als eine Bagatellisierung der Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung bezeichnen darf. In dieser Gruppe sind alle grossen wirtschaftlichen Unternehmungen, die das Rückgrat der Gemeinde bilden, und mit denen das Interesse der Bevölkerung vielfältig verknüpft ist. Sie bilden den Stolz der Gemeinde, denn sie sind in ihrer Anlage und in ihrem Wirtschaftsergebnis von solcher Art, dass man mit Stolz auf sie verweisen darf. Sie sind das mächtigste und dauerndste Denkmal, das sich Bürgermeister Lueger gesetzt hat, obwohl sich der gegenwärtige Bürgermeister nicht geschämt hat, zu sagen, dass sein Erbe ein trauriges ist. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Stadtrat Kunschak bespricht nun die Ausgestaltung der Stadtbahnstation Rietzing, die mit grossen Kosten zu einer Kopfstation ausgebaut wurde. Der Zweck dieses Ausbaues sei aber nicht ersichtlich, weil die Gürtelzüge der Stadtbahn nur bis Meidling fahren und dort umgestiegen werden muss. Was sich dort zur Zeit das Verkehrsschlüsse abspielt, ist unbeschreiblich. Die Züge sind derart überfüllt, dass nicht einmal die Türen geschlossen werden können. Entgegen den Vorschriften ist das Personal gezwungen, bei offenen Wagen zu fahren. Zum Glück hat sich bis jetzt kein Unfall ereignet, aber man sollte doch nicht warten, bis ein Unglück geschieht. Die Direktion sagt wohl mit Recht, dass die Gürtelzüge ein paar Stationen nach Meidling leer geführt werden müssten. Wenn man aber schon mit so grossen Kosten die Station Rietzing ausgebaut hat, so könnte man direkte Gürtelzüge wenigstens bis Rietzing führen. Es wird dort über diesen schlechten Verkehr so viel geschimpft, dass man sich den Hut ins Gesicht zieht, um nicht als Mitglied des Gemeinderates erkannt zu werden. Bei der Elektrifizierung der Stadtbahn hat man sich gefragt, warum das schöne Gebäude in Michelbeuern nicht verwendet wird. Jetzt würden dort mit grossen Kosten eine Wagenhalle und verschiedene andere Baulichkeiten errichtet. Ich bin der Sache ernstlich nachgegangen und konnte feststellen, dass die Gemeinde das Stationsgebäude Michelbeuern, das sie selber nur in Pacht hat, an den Askö weiter verpachtet hat. Damit dieser Verein ein schönes Haus erhält, muss die Gemeinde jetzt dort selber bauen. Nun ist aber der Askö eigentlich nur ein Strohmann und das Gebäude gehört jetzt dem republikanischen Schutzbund. Der verwendet es unter dem Motto: Nie wieder Krieg als Schiessstätte. Es sollen also dort die Truppen für einen Feldzug gegen Mussolini, Horthy oder für den Bürgerkrieg schiessen lernen. Stadtrat Speiser: Für was werden die Leute auf der Universität denn jetzt ausgebildet?

Gemeinderat Kunschak: Herr Stadtrat Speiser, wenn Sie so unbedingt Wert darauf legen, die Mitglieder des Schutzbundes im Schiessen auszubilden, dann will ich Sie nicht hindern. Aber protestieren muss ich, dass das in einem Gebäude geschieht, das für solche Zwecke nicht geschaffen wurde. Gemeinderat Hofbauer: Der Unterschied ist nur der, dass sie auf der Universität schiessen und in Michelbeuern nicht.

Gemeinderat Kunschak: Auf der Universität ist der Schiessunterricht eingerichtet für die Bürger der Universität, für die Studenten. (Heiterkeit bei der Mehrheit). Wenn Sie sich eine Schiessstätte für die Bürger des Arbeiterheims in Favoriten oder Ottakring einrichten, so hat niemand etwas dagegen.

Gemeinderat Jenschik: Die Arbeiterheime sind doch keine staatlichen Gebäude?

Gemeinderat Hofbauer: Da ist der Herr Kunschak wieder „nna“ aufgesessen!

Gemeinderat Kunschak: Ich bin durchaus nicht aufgesessen und wenn ich erreichen könnte, dass dort nicht geschossen wird, dann bin ich Ihnen sehr dankbar und verzeichne einen begrüssenswerten Erfolg.

Stadtrat Breitner hat immer behauptet, dass die Unternehmungen im Gegensatz zu früher der Gemeinde keinerlei Ertragnisse liefern. Er ist aber festgestellt, dass sie doch Gelder an die Gemeinde abliefern, da die Gemeindeabgabe der Unternehmungen mit 46 Milliarden Kronen veranschlagt ist. Sie liefern zwar keinen Anteil von Reingewinn ab, aber doch die Fürsorgeabgabe.

Das Gaswerk hatte früher das Gas für die öffentliche Beleuchtung unentgeltlich beizustellen. Das Elektrizitätswerk hat eine solche Belastung nicht gehabt, es wurde von der Gemeinde Wien honoriert. Im Jahre 1923 zahlte die Gemeinde Wien dem Elektrizitätswerk für die Zwecke der Instandhaltung, Betriebsführung und für den Strombezug 2'8 Milliarden. Jetzt ist dies aus dem Budget verschwunden. Das bedeutet, dass hier dem Elektrizitätswerk eine Kontribution von 2'8 Milliarden auferlegt wurde. Das Gaswerk ist jetzt auch ein Konsument des Elektrizitätswerkes geworden. Während sie früher zwei Konkurrenzunternehmen waren, muss jetzt das Gaswerk dem Elektrizitätswerk nicht nur die Stromkosten vergüten, sondern es hat auch die Installationsauslagen für die Anlagen zu leisten. Das ist keine zulässige Gebarung, das ist eine Fälschung der Bilanz des Elektrizitätswerkes zugunsten desselben und des Gaswerkes zum Schaden desselben. Für die Gemeinde erwächst der grosse Vorteil ohne jede Belastung der Gemeinde die Ausgestaltung der elektrischen Beleuchtung durchzuführen zu können, die zunächst auf Kosten des Elektrizitätswerkes und dann auf Kosten der Gaswerke geht und deren Kosten neben den Steuern, noch von der Bevölkerung getragen werden muss.

Ich erwarte, dass endlich die Zustände in den Stadtbahnstationen Meidling und Hietzing geordnet werden. Ich will hier ausdrücklich auch feststellen, dass, falls wirklich ein Unglück in Meidling oder auf der Strecke von Meidling nach Hietzing passieren sollte, die moralische und kriminelle Verantwortung dafür den Vizebürgermeister Emmerling trifft. (Lebhafter Beifall bei seinen Parteigenossen).

In seinem Schlusswort führt einleitend Vizebürgermeister Emmerling aus, dass er es ablehnen müsse, auf rein technische Fragen zu antworten. Er kommt zunächst auf die Behauptungen des Gemeinderates Schelz zu sprechen, der behauptet hat, dass Berlin einen niedrigeren Strompreis als Wien hat. Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass ein mittlerer Haushalt in Berlin 5'10 Schilling Zählermiete zahlen muss und sich daher schon aus diesem Grunde ein höherer Strompreis als in Wien ergibt.

Bezüglich der Anschlussgebühren teilt der Redner mit, dass der Anschluss an das Kabelnetz bis zu sieben Meter in Berlin 317 Schilling kostet. Es sieht also die Sache ganz anders aus, als sie Gemeinderat Schelz geschildert hat. Er stellte dann ausdrücklich fest, dass es richtig ist, dass Wien den billigsten Strompreis hat. Bezüglich der Behauptung des Gemeinderates Schelz, dass der Gaspreis ein zu teurer ist, teilt Vizebürgermeister Emmerling mit, dass sich jedermann im Ausstellungsraum des Gaswerkes davon überzeugen kann, dass ein komplettes Mittagessen mit 450 Liter Gas zum Preise von 9'5 Groschen hergestellt werden kann.

Zu den Ausführungen verschiedener Oppositionsredner, dass der Stand des Personals der städtischen Strassenbahnen nicht erhöht wurde, stellt der Redner fest, dass sich der Stand gegenüber dem Stande vom 1. Jänner 1925 um 320 Angestellte vermehrt hat. Bezüglich der vorgebrachten Beschwerden über die Störungen auf dem Margaretengürtel wird festgestellt, dass diese eine Überleitung nicht der Gemeinde Wien, sondern der Badener Elektrischen gehört.

Die Stadtbahn musste naturgemäss grössere Aufwendungen erfordern, da bei der Elektrifizierung nur mit einer Zahl von vierzig Millionen Fahrgästen gerechnet wurde, während bis jetzt schon achtzig Millionen sind. Was die Führung der Gürtelzüge bis Hietzing anlangt, so sei dies gegenwärtig unmöglich, weil dieser Bahnhof bedeutend erweitert werden müsste. Auch hier haben sich die Verhältnisse stark geändert. Im Jahre 1913 war dort nur ein sehr geringer Verkehr, während wir jetzt einen grossen Andrang zu bewältigen haben. Das Objekt Michelbeuern ist für den Stadtbahnbetrieb wertlos. Wir haben es daher an den ASKÖ verpachtet, genau so wie der Bund eine Reihe Objekte an Private verpachtet hat. Von einer indirekten Besteuerung der Bevölkerung durch die Monopolbetriebe kann jetzt nicht mehr gesprochen werden, weil das Prinzip der Selbstkostendeckung eingehalten wird. Anders war es unter der früheren Verwaltung. So haben im Jahre 1913 die städtischen Unternehmungen nicht weniger als 464 Milliarden Kronen an die Gemeindekasse als Reingewinn abgeführt.

Gemeinderat Kunschak: Heute müssen die Unternehmungen zehn Prozent Zinsen für das geliehenen Gemeindegeld zahlen!

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass die Gemeindeverwaltung die städtischen Unternehmungen mit Rücksicht auf die breiten Massen so führe, dass Wien gegenwärtig die billigsten Gas-, Elektrizitäts- und Strassenbahntarife habe. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Gemeinderat Hummelhardt ruft: Wann zahlen Sie denn die Vorauszahlungen zurück?

Bürgermeister Seitz erklärt nunmehr die Debatte für geschlossen. Die Gruppe wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Abänderungsanträge des Gemeinderates Schelz werden nach Antrag des Referenten der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und die Sitzung fünf Minuten nach 11 Uhr nachts geschlossen.

27 Jänner